



Positionspapier Russland

Positionspapier der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Beschluss vom 29. November 2016

Vorbemerkung:

Wir wollen die politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen zu Russland verbessern und stehen für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit. Dies kann nur möglich sein, wenn auch die russische Führung dies will und bereit ist, verlorenes Vertrauen aktiv wieder aufzubauen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist die Beilegung der Aggression gegen die Ukraine. Wir akzeptieren die völkerrechtswidrige Annexion der Krim nicht. Wir wollen deutlicher herausstellen, warum sich Deutschland für wirtschaftliche Sanktionen eingesetzt hat, die kein Selbstzweck sind.

Im Verhältnis zu Russland lassen wir uns von dem bewährten Ansatz leiten: so viel Zusammenarbeit wie möglich, so viel Verteidigungsfähigkeit wie nötig. Das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine ist inakzeptabel. Die westliche Staatengemeinschaft hat auf das militärische Vorgehen Russlands abgewogen reagiert. Zugleich verfolgen wir eine Politik der ausgestreckten Hand. Es bleibt bei dem Ziel einer engen Kooperation mit Russland im Rahmen einer von allen europäischen Staaten anerkannten europäischen Sicherheitsordnung.

I. Mit welchem Russland haben wir es zu tun?

1. Konventionelle sowie nicht-konventionelle Bedrohungen an der Ostgrenze der NATO rücken durch die aggressive Außenpolitik Russlands wieder näher. Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der militärischen Intervention im Donbass hat Russland zum zweiten Mal nach Georgien 2008 nach dem Ende des Ost-West-Konflikts das Territorium eines souveränen Staates angegriffen und besetzt. Zeitgleich hat die russische Führung gedroht, man könne in kurzer Zeit in Kiew stehen, und auch die Einnahme von Vilnius oder Warschau sei für das russische Militär möglich. Hinzu kommen Drohgebärden mit Langstreckenbomben und Kriegsschiffen sowie provozierende Überflüge über US-Kampfschiffen durch russische Kampfflugzeuge. Zuletzt bei „ZAPAD“ 2013 wurde ein groß angelegtes Manöver im westlichen Militärbezirk Russlands u.a. mit dem Übungsziel einer Invasion der baltischen Staaten durchgeführt.
2. Russland hat Völkerrecht gebrochen und als unverletzlich geltende Grenzen verschoben, als es die Krim annektierte und im Donbass militärisch intervenierte. Es hat die Charta der Vereinten Nationen, die Charta von Paris, die Nato-Russland-Grundakte sowie das Memorandum von Budapest verletzt und damit die gemeinsam aufgebaute europäische Sicherheitsordnung fundamental infrage gestellt. Die Souveränität und territoriale Integrität von Staaten, die Unverletzbarkeit der Grenzen und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten sind wesentliche Elemente der europäischen Sicherheitsordnung. So haben mit der Charta von Paris 1990 alle Teilnehmerstaaten insbesondere das Prinzip der Unantastbarkeit der Grenzen souveräner Staaten und die freie Bündniswahl bekräftigt; Russland ist Signatarstaat der Charta von Paris. Eines der Hauptanliegen der Sowjetunion bei der Helsinki-KSZE-Schlussakte von 1975 war die Festschreibung des

Prinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen. In dem Memorandum von Budapest 1994, mit dem sich die Ukraine zur Abgabe aller Atomwaffen verpflichtet hatte, hat Russland als Garantiemacht der Ukraine im Gegenzug die Unantastbarkeit ihrer Grenzen zugesichert. Auch die Charta der Vereinten Nationen sieht das Prinzip der Unantastbarkeit vor. Eine einseitige Erklärung der Unabhängigkeit oder eine Abspaltung sind dann völkerrechtswidrig, wenn sie mit einseitiger Gewaltanwendung verbunden sind. Dies ist bei der Ukraine eindeutig der Fall, da der russische Staatspräsident inzwischen die russische Militärpräsenz („Grüne Männchen“) zugegeben hat. Zudem hat Russland auf der Krim und im Donbass zahlreiche schwere Menschenrechtsverletzungen begangen.

3. Das russische Vorgehen in der Ukraine wurde u.a. ideologisch unterlegt mit der Ideologie der sog. „Ruskij Mir“, also der Zuständigkeits- und Sicherheitsgarantie für alle außerhalb des russischen Staatsgebiets lebenden Russen. Diese Ideologie ruft Ängste vor einer russischen Invasion in den Nachbarländern hervor, in deren historischem Gedächtnis die jahrzehntelange totalitäre sowjetische Herrschaft noch einen festen Platz hat. Mit dieser Rechtfertigung Russlands für die Aggression könnten viele Grenzen in Europa und damit Frieden und Sicherheit auf unserem Kontinent infrage gestellt werden.

In den meisten europäischen Staaten gab es nach den Weltkriegen Gebietsverschiebungen. Deutschland, Österreich, Ungarn, das Osmanische Reich, um nur einige zu nennen, haben große Bestandteile ihres Staatsgebiets verloren. Deren angestammte Bevölkerung wurde vertrieben. Wenn das Prinzip der Unantastbarkeit von Grenzen nicht mehr anerkannt und militärische Überlegenheit zum Mittel der Außenpolitik eingesetzt wird, öffnet sich in Europa die Büchse der Pandora. Nationalisten würden sich in ihren revisionistischen Bestrebungen ermutigt sehen.

4. Russland beansprucht das Gebiet der früheren Sowjetunion als eigene Interessenssphäre, in der es Gestaltungsansprüche geltend macht und Einfluss nehmen will. Das widerspricht den völkerrechtlichen Grundsätzen der Souveränität und territorialen Integrität und ist nicht akzeptabel.
5. Russland will die Annäherung der Ukraine (und anderer Staaten der Östlichen Partnerschaft) an die EU verhindern. Moskau stellt sich damit gegen die Prinzipien der Charta von Paris, in der alle Signatarstaaten das Prinzip der freien Bündniswahl anerkennen. Moskau sieht sich in Konkurrenz zu der EU, die den Reform- und Modernisierungsprozess in der Ukraine und in anderen Staaten der Östlichen Partnerschaft unterstützt.
6. Moskaus Politik in den ungelösten Konflikten, im Donbass, in Transnistrien, in Berg Karabach und in Georgien, wirft die Frage auf, ob Russland willens ist, eine Regelung der Konflikte zu erreichen. Russland hat im Februar 2015 das Minsker Maßnahmenpaket als Resolution in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eingebracht. Es wurde dort einstimmig beschlossen. Deshalb war zu erwarten, dass Russland den politischen Willen hat, seine Verpflichtungen aus

den Minsker Vereinbarungen umzusetzen. Konstruktive Ansätze von Seiten Moskaus zur Lösung der Ukraine Krise sind aber kaum zu erkennen. Die Separatisten sind politisch, militärisch und logistisch vollständig von Moskau abhängig. Bis heute hat Russland keine einzige seiner Verpflichtungen umgesetzt. Auch die in Berichten der Vereinten Nationen dokumentierten Menschenrechtsverletzungen in den von Separatisten besetzten Gebieten geben Anlass zur Sorge, dass Russland jedes Mittel nutzt, um seinen Gebietsansprüchen Geltung zu verschaffen. Mit seinem Verhalten will Russland instabile Zwischenzonen zwischen der EU und Russland schaffen und die betroffenen Länder, insbesondere die Ukraine, auf Dauer nicht zur Ruhe kommen lassen. Durch Fragilität jenseits der EU- und NATO-Grenzen werden aber unsere vitalen Interessen bedroht. Deshalb werden wir auch weiterhin mit allen Nachdruck gegenüber Moskau auf die Regelung dieser Konflikte drängen.

7. Mit seiner politischen sowie mit seiner substanziellen militärischen Unterstützung des syrischen Regimes trägt Russland eine erhebliche Verantwortung dafür, dass das Assad-Regime weiterhin Kriegsverbrechen gegen die eigene Zivilbevölkerung begeht und das humanitäre Völkerrecht nicht beachtet. Das russische Verhalten in Syrien lässt auch erhebliche Zweifel daran zu, ob Russlands Motivation für seine dortige Intervention wirklich in der Bekämpfung des sog. Islamischen Staates und der Bekämpfung des davon ausgehenden Terrors liegt oder nicht primär darin besteht, seine Militärbasis an der syrischen Mittelmeerküste zu erhalten und gleichzeitig als Macht mit erheblichem Einfluss auf das Geschehen in der Region anerkannt zu werden. Wir erwarten, dass Moskau an einer diplomatischen Lösung entsprechend der Wiener Syrien-Vereinbarung vom 30. Oktober 2015, die es selbst mit ausgehandelt hat, konstruktiv mitarbeitet.
8. Russland versucht mit seiner hybriden Einflussnahme Gesellschaften nicht nur in den westlichen Staaten zu spalten, in Deutschland die Politik der Bundesregierung und insbesondere der Bundeskanzlerin zu diskreditieren (Fall „Lisa“), sondern auch die engen Bindungen zwischen europäischen Staaten und den USA zu trüben sowie Länder zu destabilisieren, die sich der EU und NATO annähern wollen. Dafür setzt Moskau zielgerichtet und zentral abgestimmt ein breites Spektrum von unterschiedlichen Instrumenten ein: nachrichtendienstliche Aktivitäten, antiwestliche Propaganda, Desinformation durch Medien wie RT (ehemals „Russia Today“) oder „sputniknews“, politische und finanzielle Unterstützung für rechtspopulistische Parteien in der EU, Sabotagekampagnen durch Cyber-Angriffe wie auch die Instrumentalisierung der im Ausland lebenden Russen, darunter auch einige der Russlanddeutschen. Dem müssen wir zusammen mit unseren Verbündeten und Partnern wirksamer entgegen treten.
9. Russland wird durch den Westen nicht bedroht. Die russische Außen- und Sicherheitspolitik ist gleichwohl von Einkreisungsängsten geprägt, deren Hervorhebung durch russische Politiker aber auch dazu dienen mag, eigene expansive Intentionen zu kaschieren. Danach richtet Russland seine

Verhinderungs- und Destabilisierungspolitik aus. Auch wenn aus unserer Sicht diese Ängste unberechtigt sind, sind sie politische Realität und müssen außenpolitisch in Rechnung gestellt werden.

Die russischen Vorbehalte gegen die östliche NATO-Erweiterung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind unberechtigt. Die NATO verstößt nicht gegen völkerrechtliche Vereinbarungen mit Russland. Vielmehr sieht die Charta von Paris vom 21. November 1990 ausdrücklich die freie Bündniswahl aller souveränen europäischen Staaten vor. Die mittel- und osteuropäischen Staaten sind der NATO auch aus Angst vor Russland beigetreten. Sie fühlen sich heute aufgrund der russischen Interventionen in Georgien und der Ukraine sowie der Moskauer Drohungen und Einflussnahmen in ihren Ansichten und Bewertungen gegenüber Russland bestätigt. Aus russischer Sicht spielt es gleichwohl eine Rolle, dass im Zuge der Vereinbarungen über den Verbleib des wiedervereinigten Deutschlands im westlichen Bündnis und der EU subjektiv die Erwartung entstand, die NATO werde sich nicht über die deutschen Grenzen hinweg nach Osten ausdehnen.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist der Westen auf die sicherheitspolitischen Befindlichkeiten Russlands eingegangen.

Der NATO-Russland-Rat wurde eingerichtet und die G7 auf die G8 erweitert. Russland ist im Europarat, in der Welthandelsorganisation WTO und in der G20 vertreten. Russland wurde als Nachfolgestaat der Sowjetunion in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aufgenommen, nicht aber die anderen aus der Sowjetunion hervorgegangenen Staaten.

10. Das russische Verhalten soll von den wachsenden inneren Schwierigkeiten ablenken. Vor allem befürchtet Russland die Verwirklichung des politisch und ökonomisch erfolgreichen europäischen Modells auch in „Bruderländern“, wie der Ukraine, und sieht darin eine Bedrohung für das eigene unattraktive und ineffiziente System. Die ausufernde antiwestliche Propaganda will einen äußeren „Feind“ für die inneren Probleme verantwortlich machen und davon ablenken, dass die russische Führung mit der postsowjetischen Modernisierung des Landes gescheitert ist.

Die Ursache für die wirtschaftliche Krise sind nicht die Sanktionen des Westens. Vielmehr leidet Russland seit langem an strukturellen Schwächen und versäumten Reformen. Die Deindustrialisierung des Landes ist deutlich sichtbar und der technologische Rückstand zum Westen wird größer. Die rechtstaatlichen Defizite, die immense Korruption und Bürokratie werden nicht wirksam bekämpft, was zum Ausbleiben ausländischer Direktinvestitionen und zum Abfluss von Kapital aus Russland führt. Russische Wirtschaftsanalysten und staatliche Stellen belegen den wirtschaftlichen Niedergang Russlands. Das Bruttoinlandsprodukt ist rückläufig, die Inflation ist hoch und die Währung schwach. Hinzu kommen zurückgehende Rohstoffpreise wie beim Ölpreis und damit sinkende Einnahmen für den russischen Staatshaushalt. Nach russischen Angaben wird

der in guten Zeiten angelegte Reservefonds im ersten Quartal 2017 aufgebraucht sein.

Die wirtschaftliche Schwäche steht einer Stabilisierung Russlands entgegen. Die Zufriedenheit mit den Verhältnissen nimmt in der Bevölkerung ab. Dem soll mit der Stärkung autoritärer Strukturen und einer Fixierung auf einen „äußeren Feind“, der für die Misere verantwortlich gemacht wird, entgegen gewirkt werden. Auf die Gefahr, dass die sich verschärfende wirtschaftliche und finanzpolitische Lage die russische Führung veranlasst, die konfrontative Politik gegenüber dem Westen fortzusetzen oder sogar zu verstärken, müssen wir uns umfassend einstellen.

Durch seine Politik hat sich Russland isoliert. Aus dieser Position als Außenseiter in Europa resultiert ein aggressiver postsowjetischer Revisionismus. Das russische Verhalten macht Europa und die Welt unsicherer. Moskau hat seine Glaubwürdigkeit verloren. Es ist unberechenbar geworden, was den Vertrauensverlust und das Bedrohungsempfinden verstärkt.

II. Handlungsoptionen des Westens

Der Frieden in Europa ist in Gefahr. Deshalb kann die europäische Staatengemeinschaft die Aggression Russlands in Osteuropa nicht hinnehmen - und deshalb müssen alle außenpolitischen Anstrengungen auf eine Beilegung der Krise, zur Wiederherstellung des Status Quo, zu einer Normalisierung des Verhältnisses zu Russland und auf eine von allen anerkannte europäische Friedensordnung gerichtet sein. In der derzeitigen Situation brauchen wir im Verhältnis zu Russland so viel Verteidigungsfähigkeit wie nötig, aber zugleich so viel Dialog wie möglich. Unser Interesse ist es, dass Russland zu einer kooperativen Politik in Europa, aber auch in anderen Krisenregionen wie dem Nahen und Mittleren Osten zurückkehrt. Wir müssen Gespräche und Kooperationen suchen, wo immer es nötig und wo immer es möglich ist.

1. Auf die Beeinträchtigung der europäischen Sicherheit hat die westliche Staatengemeinschaft angemessen reagiert. Dieses manifestiert sich in den Beschlüssen der NATO-Gipfel von Wales und Warschau, mit der Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe, der kontinuierlichen Präsenz militärischer Kontingente und Material in den baltischen Staaten und Polen und mit perspektivisch aufwachsenden Verteidigungshaushalten. Das kürzlich von der Bundesregierung beschlossene Weißbuch 2016 unterstreicht diesen Paradigmenwechsel. Die NATO-Mitglieder sind dabei, ihre Verteidigungsfähigkeit signifikant zu erhöhen. Vor allem die Resilienz gegen hybride Bedrohungen soll verbessert werden. Die vom Bündnis beschlossenen Maßnahmen der Rückversicherung sind ausschließlich auf die militärische Aggression Russlands zurückzuführen. Sie sind Ausdruck unserer Solidarität mit unseren NATO-Partnern im Osten und verletzen nicht die NATO-Russland-Grundakte. Russland hat mit seiner Politik de facto zu einer Re-Vitalisierung der NATO beigetragen. Im Rahmen der NATO wird die Ukraine mit verschiedenen Programmen der Zusammenarbeit unterstützt.

2. Wir sind entschlossen, den Zusammenhalt in der Europäischen Union und die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EU zu stärken. In Fragen der kollektiven Verteidigung bleibt die NATO der primäre Handlungsrahmen. Wir Europäer müssen jedoch mehr Verantwortung für unsere Sicherheit übernehmen, auch um den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken. Wir werden alle Schritte tun, um die strategische Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu erhöhen. Wir müssen im Verteidigungsbereich effizienter werden, indem wir unsere militärischen Fähigkeiten weiter verzahnen und diese in Schlüsselbereichen wie strategischer Lufttransport, Aufklärung, medizinische Versorgung und Führung ausbauen und die Kooperation bei der Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern verstärken. Dies kann durch eine Ständige Strukturierte Zusammenarbeit im Sinne des EU-Vertrages sowie durch eine sonstige intergouvernementale Kooperation der Mitgliedstaaten geschehen. Wir wollen die Widerstandsfähigkeit gegen asymmetrische Bedrohungen verbessern. Deutschland muss und wird dafür zusammen mit Frankreich und anderen Nationen seiner Führungsverantwortung gerecht werden.
3. Wir müssen erkennen, dass wir uns mit Russland in einen geostrategischen Wettstreit um die Ukraine begeben haben. Dabei versteht sich die EU als transformative außen- und friedenspolitische Kraft. Es wurde bisher jedoch zu wenig berücksichtigt, dass die EU durch ihre Politik von allen Beteiligten seit spätestens 2004 als geopolitischer Akteur wahrgenommen wird. Transformative Außenpolitik bedeutet die Erwartung gesellschaftspolitischer Veränderung gegen Gewährung von Vorteilen bei der wirtschaftlichen, finanziellen und technologischen Zusammenarbeit. Dieser Ansatz kann zu Verwerfungen führen, wenn die andere Seite und dabei insbesondere die Staatsführung unsere gesellschaftspolitischen Werte und Ziele nicht teilen oder diese als ihren hegemonialen Ansprüchen zuwider laufend betrachtet.

Russland hat die Teilnahme an der Östlichen Partnerschaft von 2008 früh abgelehnt. Im Zuge der Assoziierungsverhandlungen mit der Ukraine hat die EU-Kommission auf den rein bilateralen Charakter dieser Verhandlungen zwischen Brüssel und Kiew verwiesen. Man war im Rückblick nicht ausreichend bereit, mit Moskau über Einwendungen zu diskutieren. Vielmehr hieß es: Moskau ginge das nichts an. Dies rechtfertigt jedoch weder die russische Annexion der Krim noch die militärische Intervention im Donbass.

Die EU hat sich mit dem EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen bereit erklärt, die Ukraine enger an die EU heranzuführen und die dafür notwendigen Reformen zu unterstützen. Das liegt in unserem Interesse, weil eine dauerhafte politische und wirtschaftliche Instabilität der Ukraine nicht nur zu einer massiven Flüchtlingswelle führen könnte, sondern auch zu sicherheitspolitischen Konsequenzen. Wir werden die Ukraine bei ihrer Modernisierung unterstützen, zugleich die konsequente Umsetzung der Reformen einfordern und die erforderlichen Finanztransfers nur unter strikter Konditionalität gewähren. Wir wollen den europäischen Weg der Ukraine trotz der russischen Destabilisierungsbemühungen zu einer Erfolgsgeschichte

machen. Dabei lassen wir keinen Zweifel daran, dass die Krim und der Donbass integrale territoriale Bestandteile einer unabhängigen Ukraine sind.

4. Im Umgang mit Russland braucht der Westen einen langen Atem. Dabei sollte er sich von der Erfahrung leiten lassen, dass auch die Überwindung der Teilung Europas gelungen ist. Die ökonomischen und technologischen Ressourcen des Westens sind denen Russlands weit überlegen. Ein Wettüben ist von Russland ebenso wenig zu gewinnen, wie von der Sowjetunion zu Zeiten des kalten Krieges. Deshalb ist es Aufgabe der Außenpolitik, politische Lösungswege aufzuzeigen. Ähnlich wie bei der sowjetischen Aufrüstung mit Mittelstreckenraketen bzw. der westlichen Antwort mit der NATO-Nachrüstung in den 1970/80er Jahren ist offensichtlich, dass die russische Politik der Anwendung militärischer Gewalt und der Aufrüstung in eine Sackgasse führt. Wie damals braucht es auf russischer Seite ein „Neues Denken“ in allen europäischen Zusammenhängen.

Wir wollen die Beziehungen zu Russland verbessern. Die NATO-Mitglieder haben auf dem Gipfel in Warschau die Bereitschaft zum Ausgleich gezeigt. Russland wurde nicht als Feind bezeichnet und es wurden Angebote der Kooperation gemacht. Die russische Reaktion hierauf war moderat. Dies ist eine Basis, auf der aufgebaut werden kann. Jede Regelung mit Russland muss eine europäische Regelung sein. Die zunehmende Verantwortung Deutschlands in Europa bringt es mit sich, dass es insoweit kein Sonderverhältnis Deutschlands zu Russland geben kann.

Die NATO-Russland-Grundakte muss Bestand haben. Auf deren Grundlage wurde der NATO-Russland-Rat geschaffen. Auf Deutschlands Betreiben tagt der NATO-Russland-Rat seit 2016 wieder auf Botschafter-Ebene. Auf der Tagesordnung stehen seither Themen wie Ukraine, Vertrauens- und Transparenzbildung sowie Afghanistan.

Eine Normalisierung, erst recht ein Neuanfang in den Beziehungen zu Russland ist ohne eine Regelung der Krise in der Ukraine nicht möglich. Am Anfang steht, dass wir den Völkerrechtsbruch durch die Krim-Annexion und die Destabilisierung der Ostukraine weder ignorieren, noch akzeptieren. Eine Anerkennung der Annexion kommt nicht infrage. Die Vereinbarungen von Minsk müssen vollständig umgesetzt werden. Erst dann können die aus diesem Grund gegen Russland verhängten wirtschaftlichen Sanktionen aufgehoben werden.

Der russische Präsident hat das zerstörte Vertrauen als das Hauptproblem der gegenseitigen Beziehungen identifiziert. Dem ist zuzustimmen. Diesen Vertrauensverlust hat maßgeblich Russland selbst herbeigeführt, indem es sich nicht an völkerrechtliche Vereinbarungen und Regeln hält. Fehlendes Vertrauen und Unberechenbarkeit sind die Haupthindernisse für die Verbesserung der Beziehungen. Deshalb muss vorrangig wieder Vertrauen aufgebaut werden.

- Zur Vermeidung von militärischen Missverständnissen oder gar neuen Konfrontationen sollte der NATO-Russland-Rat – auch auf Ministerebene – wieder regelmäßig tagen. Regelmäßige Tagungen des NATO-Russland-Rates sind mit substantiellen Gesprächsinhalten zu gestalten. Die Einrichtung eines

gemeinsamen Gremiums zur Vermeidung von Krisen könnte vertrauensbildend wirken. In diesem Gremium könnten Informationen über Übungen und militärische Bewegungen ausgetauscht und Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz solcher Aktivitäten vereinbart werden. Perspektivisch könnte auch der militärisch-militärische Kontakt wieder aufgenommen werden.

- Wir halten neue Initiativen zur militärischen Vertrauensbildung einschließlich im Cyberbereich für sinnvoll. Sie liegen im Interesse beider Seiten und dienen dazu, neue Konfrontationen zu vermeiden, Waffenstillstandsvereinbarungen zu stärken oder Misstrauen abzubauen.
- Wir wollen auch den OSZE-Rahmen nutzen, um den Dialog mit Russland zu intensivieren. Wir sind bereit zu einem strukturierten Dialog über die Zukunft der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa, die rechtlich verbindlich und verifizierbar sein muss.
- Zur Vertrauensbildung sollte auch eine Verbesserung der Beziehungen Russlands zu den baltischen Staaten gehören. Diese Staaten stellen ersichtlich keine Bedrohung für Russland dar. Durch den Verzicht auf militärische Drohgebärden, zuverlässige Zusammenarbeit im Bereich der Energieversorgung und Schritte im gegenseitigen Handelsaustausch könnte das Verhältnis verbessert werden.
- Über die Vertrauensbildung hinaus wollen wir mit Russland klären, ob und wo es Räume gemeinsamer Interessen für Sicherheit und Stabilität gibt und wie wir dort besser zusammen arbeiten können. Ein positives Beispiel dafür war das gemeinsame Bemühen, eine nukleare Bewaffnung des Iran zu vermeiden. Ein weiteres Feld sollten die gemeinsame Bekämpfung des internationalen Terrorismus, des sog. „Islamischen Staates“ und ernsthafte gemeinsame Bemühungen um eine Friedenslösung in Syrien sein. Auch wenn wir derzeit Zweifel an einem echten Willen Russlands haben, mit dem Westen zu einer Regelung von Krisen und Konflikten in Europa und in der europäischen Nachbarschaft zu kommen, werden wir unsere Bemühungen dafür weiter verstärken. Dabei spielen auch die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und weiterer internationaler Abkommen eine Rolle.
- Wir werden uns weiterhin um einen Ausbau der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit bemühen.
- Aus einer Stärkung der wirtschaftlichen Kooperation bis hin zu einer langfristigen strategischen Neuordnung der Energiebeziehungen durch Diversifizierung der Energiequellen ergeben sich für die Beteiligten Vorteile.
- Wir werden weiterhin bereit sein, die Regierung und die Bevölkerung Russlands bei ihren zukünftigen Anstrengungen der wirtschaftlichen und strukturellen Modernisierung verbunden mit der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die regelbasierte, von Russland aktuell infrage gestellte europäische Friedensordnung wiederhergestellt wird. 1975 und 1990 wurde in Helsinki bzw. Paris eine neue gesamteuropäische Sicherheitsordnung vereinbart. Dieses Format ist erforderlich, um über die Sicherheitsarchitektur in Europa und den Platz Russlands innerhalb dieser Ordnung des 21. Jahrhunderts zu sprechen. Dabei ist darauf zu achten, dass Russland von Beginn an einbezogen wird. Europa steht vor der Aufgabe, dem Kontinent eine verlässliche Ordnung zu geben.
- Langfristig streben wir mit Russland die Einrichtung einer Freihandelszone von Wladiwostok bis Lissabon an, ein Vorschlag der russischen Führung, der bisher vom Westen zu wenig diskutiert wurde. Die Realisierung dieses Projekts erfordert von allen Teilnehmerstaaten WTO-konformes Verhalten, Rechtsstaatlichkeit sowie den Verzicht auf Einflusszonen in dem Gebiet zwischen Russland und der EU.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Herausgeber: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin